



HESSISCHER LANDTAG

01. 03. 2021

SIA
RTA

Berichts Antrag

**Christiane Böhm (DIE LINKE), Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE)
und Fraktion**

Die Rolle medizinischer bzw. psychologisch-psychiatrischer Sachverständiger betreffend Unterbringung in geschlossenen psychiatrischen Anstalten

Medizinische bzw. psychologisch-psychiatrische Prognosegutachten spielen eine zentrale Rolle in geschlossenen psychiatrischen Anstalten und sind weichenstellend für die Entscheidungen der Gerichte in Unterbringungsverfahren. Der Fall Gustl M. hat das Risiko, das mit medizinisch-psychiatrischer Begutachtung einhergeht, vor Jahren bereits in die Öffentlichkeit gerückt.

Die Landesregierung wird ersucht, im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss (SIA) und im Rechtspolitischen Ausschuss (RTA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

- I. Begutachtung im Rahmen von Gerichtsverfahren
 1. In Gerichtsverfahren welcher Art werden für Entscheidungen, die den möglichen Freiheitsentzug oder das Ende eines Freiheitsentzugs einer Person betreffen, regelmäßig psychiatrische oder psychologische Gutachterinnen bzw. Gutachter als Sachverständige herangezogen?
 2. Welche Kriterien gibt es hierbei für die Auswahl von Gutachterinnen und Gutachtern?
 3. Welche Rolle spielen Qualifikation, Unabhängigkeit und Neutralität?
 4. Welche Folge für die mögliche Beauftragung hat ein vorheriger Verstoß gegen die ärztliche Berufsordnung?
 5.
 - a) Gibt es Listen, die geeignete Gutachterinnen und Gutachter verzeichnen?
 - b) Gibt es Listen, die missliebige oder ungeeignete Gutachterinnen und Gutachter verzeichnen?
 - c) Wenn ja, welche Kriterien gibt es für die Aufnahme auf solche Listen?
 - d) Welche Kriterien gibt es für die Löschung von einer solchen Liste?
 - e) Inwiefern werden die Listen regelmäßig überprüft?
 6.
 - a) Wie wird Transparenz bei Auswahlverfahren gewährleistet?
 - b) Muss die Auswahl begründet werden?
 - c) Wäre die Einführung eines Rotationsprinzips oder eines offiziellen Gutachterpools sinnvoll, um transparente Auswahlverfahren zu gewährleisten?
 7. Welche standardisierten, in Deutschland anerkannten multimodalen Methoden und testdiagnostischen Verfahren werden bei gerichtlichen Begutachtungen angewendet?
 8. Welche Vorgaben gibt es für die Auswahl der Methoden und Verfahren?
 9. Wem obliegt die Aufsicht über die Einhaltung und transparente Darlegung der höchststrichterlichen Vorgaben zur gutachterlichen Vorgehensweise?
 10. Wird überprüft, ob die Fehlerwahrscheinlichkeit der in Gutachten eingesetzten Methoden (z.B. Verhaltensbeobachtung, Testdiagnostik) offengelegt wird?

11.
 - a) Werden auch (leitende) Angestellte von Unterbringungseinrichtungen als Sachverständige benannt?
 - b) Werden diese auch in Verfahren bezüglich bei ihnen untergebrachter Personen benannt?
 - c) Wenn ja, wie wird Ihrer Ansicht nach deren Unabhängigkeit gewährleistet?
12.
 - a) Wird sichergestellt, dass die Untergebrachten bei der Begutachtung und bei der Anhörung vor Gericht nicht unter Psychopharmaka bzw. Narkotika stehen, damit das Untersuchungsergebnis und der richterliche Eindruck nicht beeinflusst werden?
 - b) Wenn ja, wie?
13. Inwieweit ist die Methode zur Auswahl von Sachverständigen Teil der juristischen Ausbildung?
14. Haben Sie Erkenntnisse darüber, wie viele unterschiedliche psychiatrische bzw. psychologische Gutachterinnen und Gutachter von den Gerichten regelmäßig als Sachverständige benannt werden?
15.
 - a) In der wissenschaftlichen Studie von B. Jordan (https://edoc.ub.uni-muenchen.de/19622/1/Jordan_Benedikt.pdf) gab bei einer Befragung in Bayern „nahezu jeder vierte gutachterlich tätige Sachverständige im medizinisch/psychologischen Bereich an, bei einem von einem Gericht in Auftrag gegebenen Gutachten schon einmal „in Einzelfällen“ oder „häufig“ (wenige Nennungen) bei einem Gutachtensauftrag eine Tendenz signalisiert bekommen zu haben. Unter humanmedizinischen Gutachtern gab dies knapp jeder Fünfte, unter psychologischen Gutachtern fast jeder Zweite an“. Gibt es auch in Hessen bei der Auswahl oder im Zusammenhang mit der Auswahl Manipulationsmöglichkeiten, wie z.B. die Möglichkeit, das gewünschte Ergebnis im Vorfeld mitzuteilen?
 - b) Wie wird eventuellen Manipulationsmöglichkeiten entgegengewirkt?
16.
 - a) Welche Möglichkeiten haben die betroffenen Personen, um auf die Auswahl der Gutachterinnen und Gutachter Einfluss zu nehmen?
 - b) Gibt es Rechtsmittel gegen die Auswahl der Gutachterinnen und Gutachter?
 - c) Welche Rechtsprechung gibt es hierzu?
 - d) Welche Voraussetzungen hat die Benennung eines bzw. einer weiteren, eigenen Sachverständigen der betroffenen Person?
17.
 - a) Haben die benannten Sachverständigen Einsicht in vorherige Begutachtungen zu der betroffenen Person?
 - b) Falls ja: Welche Risiken können sich hieraus ergeben?
18.
 - a) Welche Möglichkeiten gibt es, die Befangenheit von Sachverständigen im Verfahren geltend zu machen?
 - b) Wie sind die Kriterien?
 - c) Gibt es im Strafprozess Unterschiede zum zivilprozessualen Verfahren?
 - d) Wenn ja, warum?
19.
 - a) Kann eine sachverständige Person haften, zum Beispiel, wenn diese oder dieser die strafrechtliche Rückfallgefahr einer Person als gering einstuft, das Gericht darauf vertraut und die Person dann doch wieder in erheblichem Maß straffällig wird?
 - b) Gibt es die Möglichkeit, dass eine eventuelle Haftung Einfluss auf das Ergebnis der Begutachtung haben kann?
 - c) Können auch Richterinnen und Richter in diesem Zusammenhang haften?
- II. Klinik- oder vollzugsalltagsinterne Entscheidungen
 1. Bei welchen Entscheidungen im Alltag von geschlossenen psychiatrischen Einrichtungen werden regelmäßig Begutachtungen gemacht?
 2. Welches Gewicht haben die Ergebnisse von Begutachtungen von Psychiaterinnen und Psychiatern und Psychologinnen und Psychologen für die Entscheidungen innerhalb des Vollzugs (wie z.B. für Lockerungen und Rücknahmen von Lockerungen)?
 3. Werden hier unabhängige Gutachterinnen und Gutachter benannt oder Personen innerhalb der Institution?

4. Welche Kriterien gibt es für die Auswahl von Gutachterinnen und Gutachtern?
5. Wo sind diese verschriftlicht?
6. Werden Gutachterinnen und Gutachter damit beauftragt, Gutachten nach Aktenlage anzufertigen?
7. Hält ein Gutachten nach Aktenlage rechtlichen Anforderungen stand?
8. Welche Rechtsmittel gibt es gegen das Ergebnis dieser Begutachtungen?

III. Ausblick

1. Welche Schritte plant die Landesregierung, um die aufgezeigten Problemfelder zu adressieren?
2. Wäre eine professionelle Selbstkontrolle im Wege eines Peer-Review-Verfahrens zur Qualitätsprüfung von psychiatrischen Begutachtungen für das Gutachterwesen eine mögliche Verfahrensänderung?
3. Wird die Hessische Landesregierung im Rahmen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Maßregelvollzug auch die Rolle der Sachverständigen und deren anzuwendende Methodik thematisieren?
4. Welche Schwächen sieht die Landesregierung im aktuellen Maßregelvollzug und welche Reformideen wird die Hessische Landesregierung in die dafür vorgesehene Bund-Länder-Arbeitsgruppe einbringen?

Wiesbaden, 1. März 2021

Christiane Böhm
Dr. Ulrich Wilken

Die Fraktionsvorsitzende:
Janine Wissler